Deutsche Beratergruppe Ukraine

NEWSLETTER

Ausgabe 133 | November 2019

Das neue Regierungsprogramm: Der Weg ist das Ziel

Vor Kurzem hat die ukrainische Regierung ihr Aktionsprogramm für die kommenden 5 Jahre veröffentlicht, in dem Prioritäten sowohl für den wirtschaftlichen als auch den sozialen Bereich festgelegt werden. Einige Ziele, wie z. B. die Attrahierung von FDI von 50 Mrd. USD oder ein Länderrating von „A-“, scheinen (über-) ambitioniert. Andere Ziele hingegen, wie z. B. der Rückgang der Staatsverschuldung als Anteil am BIP oder die Verschuldung mehr hin zur Lokalwährung zu verschieben, klingen durchaus realistisch. Positiv ist auch der konservative Ansatz bei der Budgetplanung. Unabhängig davon, ob alle Ziele erreicht werden können, sollte der Fokus auf der Umsetzung der wichtigen Reformen liegen, auf die sich das Programm stützt.

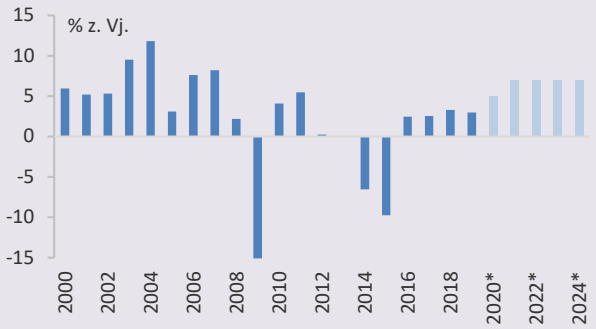
Hintergrund

Das neue Aktionsprogramm des Ministerkabinetts für die kommenden fünf Jahre wurde am 9. Oktober 2019 vom Parlament beschlossen. In ihm sind die Prioritäten der Regierung sowie Teilziele für die einzelnen Ministerien festgelegt. In diesem Newsletter werden einzelne Aspekte des Programms beschrieben und bewertet.

Beschleunigtes Wirtschaftswachstum

Der Plan, das reale BIP im Zeitraum von 2019-2024 um 40% anzuheben, klingt extrem ambitioniert, ist jedoch nicht absolut unrealistisch. Es würde bedeuten, dass das reale BIP 2020 um 5% und 2021-2024 um jährlich 7% wachsen müsste.

BIP-Wachstum



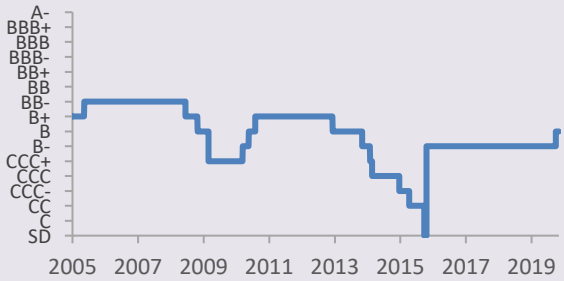
*Quelle: IMF, Ziele des Ministerkabinetts, *Prognose*

Um die finanzpolitische Stabilität nicht zu gefährden sind diese ambitionierten Pläne lediglich Ziele, nicht jedoch umzusetzende Haushaltsindikatoren. Der konservative Haushaltsplan für 2020-2022 sieht ein BIP-Wachstum von 3,7% für 2020, 3,8% in 2021 und 4,1% in 2022 vor. Ein optimistisches Szenario für dieselbe Prognose, in der von der erfolgreichen Umsetzung der Reformen ausgegangen wird, nimmt ein BIP-Wachstum von 4,8% in 2020, 5,5% in 2021 und 6,5% in 2022 an. Die Ukraine hat bereits Zeiten mit einem Wirtschaftswachstum von 7-12% erlebt, sodass diese Annahmen zumindest für einzelne Jahre nicht ganz unrealistisch sind. Solch hohe Wachstumszahlen wurden bisher aber niemals nachhaltig über einen längeren Zeitraum erreicht.

Verbesserung des Länderratings

Innerhalb der nächsten 5 Jahre ein Länderrating von A- zu erreichen scheint unrealistisch. Aktuell haben Länder wie Polen, Lettland und Litauen ein Rating von A-/A bei den internationalen Ratingagenturen.

Länderrating (S&P)



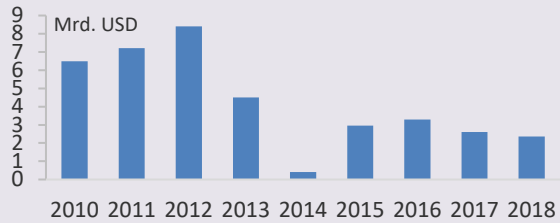
Quelle: Finanzministerium der Ukraine

Derzeit wird die Ukraine von S&P mit B eingestuft, der beste Wert lag bisher bei BB-. Selbst wenn sich die Politik der Regierung positiv auf die makrofinanzielle Stabilität und die strukturellen Reformen auswirkt, ist eine Verbesserung um acht Stufen („notches“) in 5 Jahren kaum realistisch, da die Agenturen üblicherweise ihr Rating so schnell nicht anheben. Ein realistisches Ziel wäre vielmehr ein Level von BB+, was ähnlich dem von Georgien (BB) oder Nordmazedonien (BB-) wäre.

Attrahierung von ausländischen Direktinvestitionen

Die Bruttoinvestitionen lagen in der Ukraine 2018 bei 19% des BIP, was immer noch auf die Krise von 2014/15 zurückzuführen ist, und damit weit unter dem Niveau von Ländern mit mittlerem Einkommen (ca. 30% des BIP). Die jährlichen Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen sind weiterhin gering, auch vier Jahre nach der Krise.

FDI-Zuflüsse



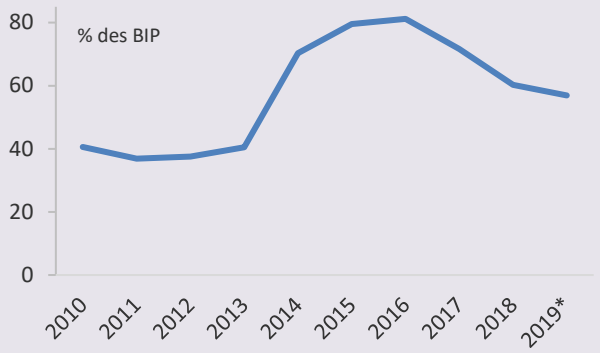
Quelle: Nationalbank der Ukraine

Das Ministerkabinett will in den kommenden fünf Jahren 50 Mrd. USD an FDI attrahieren. Damit müssten jährlich ca. 10 Mrd. USD ins Land fließen, was die aktuellen Werte um das Vierfache übersteigt. Dies wäre sogar etwas mehr als in den Jahren 2006-2008, vor der globalen Finanzkrise, welche für die Ukraine die erfolgreichsten überhaupt waren. Dazu will die Regierung u.a. die Rechtsstaatlichkeit sowie den Schutz von Gläubigern und Investoren verbessern, staatliche Eingriffe reduzieren und das Geschäftsklima verbessern. All das sind sinnvolle und lobenswerte Maßnahmen, deren schnelle, effektive und glaubwürdige Umsetzung in so kurzer Zeit allerdings fraglich ist.

Verringerung der Staatsverschuldung

Aktuell wird die staatliche und staatlich garantierte Verschuldung vom IWF auf 56% des für 2019 prognostizierten BIP geschätzt. Das Ministerkabinett plant eine Reduktion auf 40% des BIP bis 2024. Mindestens die Hälfte der Staatsverschuldung soll dann in inländ. Währung denominiert sein (ggü. 36% am 30.09.2019). Der Plan scheint durchaus umsetzbar, wenn der aktuelle Fokus auf eine besonnene Fiskalpolitik und eine Verschuldung in Lokalwährung fortgesetzt wird. Dies gilt insbesondere für den kürzlich verabschiedeten Haushalt für 2020 mit einem geplanten Defizit von 2,1% des BIP und einem größeren Anteil von Lokalwährung an der Neuverschuldung als von ausländischer Währung.

Entwicklung der Staatsverschuldung



*Quelle: IMF, *Prognose*

Es fehlt jedoch eine Zielvorgabe zum Anteil der Zinsausgaben als % der Staatsausgaben oder des BIP. Diese betragen zurzeit aufgrund des hohen Zinsniveaus immense 12% der Staatsausgaben.

Weitere Prioritäten

Die Reform des Landmarkts ist aktuell eine der wichtigsten Prioritäten der Regierung. Das Gesetz über den Verkauf landwirtschaftlicher Flächen wurde vor Kurzem in der ersten Lesung angenommen. Die zweite Lesung soll demnächst stattfinden.

Auch Privatisierungen zählen zu den Prioritäten des Ministerkabinetts, wobei entscheidende Schritte noch auf sich warten lassen. Ende November ist der Stand, dass die Regierung das Privatisierungsverbot für ausgewählte Firmen aufgehoben hat und eine neue Liste zusammenstellen wird.

Die Regierung will außerdem die Nutzung der Infrastruktur der Bahn durch private Frachtunternehmen ermöglichen. Dafür muss das Staatsunternehmen Ukrzaliznytsia in einzelne Unternehmen aufgespalten werden, die jeweils den Betrieb der Infrastruktur sowie Fracht- und Passagierbeförderung anbieten. Die Vorbereitungen für ein IPO wurden vor Kurzem aufgenommen – dieser Vorgang, mit dem 3 Mrd. USD Investitionen gewonnen werden sollen, wird mind. 3 Jahre dauern.

Abhängig von der konkreten Umsetzung dieser Reformen ist eine positive Auswirkung auf das BIP und evtl. auch auf FDI sehr wahrscheinlich, wenn auch schwer zu quantifizieren.

Fazit

Die neue ukrainische Regierung hat sich sehr anspruchsvolle Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung gesetzt. Während einige davon in den nächsten 5 Jahren realistischerweise umgesetzt werden können, werden andere deutlich mehr Zeit in Anspruch nehmen. Die Erfahrung mit bisherigen Regierungsprogrammen, deren Umsetzung nicht immer durchgängig erfolgreich war, rechtfertigt diese zurückhaltende Einschätzung. Doch selbst wenn nicht alle Erwartungen erfüllt werden, geht es vor allem um die Umsetzung der wichtigen Reformen, die dem Programm zugrunde liegen. In diesem Sinne gilt: Der Weg ist das Ziel!

Autoren

Maria Repko, Stellv. Exekutivdirektorin, Centre for Economic Strategy, maria.repko@ces.org.ua

Robert Kirchner, kirchner@berlin-economics.com

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Robert Kirchner

Für den Newsletter anmelden

Deutsche Beratergruppe Ukraine
http://www.beratergruppe-ukraine.de/

Die Beratergruppe berät seit 1994 die ukrainische Regierung zu wirtschaftspolitischen Fragen. Sie wird durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert und wird durch das Beratungsunternehmen Berlin Economics implementiert.

Berlin Economics

BE Berlin Economics GmbH | Schillerstraße 59 | 10627 Berlin
+49 30 / 20 61 34 64 - 0 | info@berlin-economics.com | Impressum